

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

**zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup),
Gunnar Uldall, Peter Rauen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/6340 –**

**zu der Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Wolfgang Börnsen
(Bönstrup), Gunnar Uldall, Peter Rauen, weiterer Abgeordneter
und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksachen 14/4816, 14/5581 –**

Zukunft der deutschen Messenwirtschaft in der Globalisierung

A. Problem

Anerkennung der Messebranche als Schlüsselbranche der deutschen Dienstleistungswirtschaft. Sicherstellung einer Fortführung der Auslandsmesseförderung im Bundeshaushaltsplan auf dem bisherigen Niveau von 70 Mio. DM pro Jahr. Entwicklung eines europäisch abgestimmten Messekonzepts und Entwicklung eines Konzeptes für eine Teilnahme kleiner und mittlerer Unternehmen an deutschen und internationalen Messen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen, den Entschließungsantrag – Drucksache 14/6340 – abzulehnen.

Berlin, den 25. September 2001

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Matthias Wissmann
Vorsitzender

Werner Schulz (Leipzig)
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Werner Schulz (Leipzig)

I.

Der Entschließungsantrag – Drucksache 14/6340 – wurde in der 176. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. Juni 2001 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Federführung sowie an den Haushaltsausschuss, den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

II.

Die Bundesregierung erkennt die Messebranche als Schlüsselbereich der deutschen Dienstleistungswirtschaft an. Der Bundeshaushalt sieht dennoch eine Kürzung der Auslandsmesseförderung von 70 Mio. DM auf 57,5 Mio. DM vor.

Die Messebranche ist durch starke regionalwirtschaftliche Effekte auf das Handels- und Dienstleistungsgewerbe besonders für regionale Entwicklung strukturschwacher Regionen geeignet und deshalb förderungswürdig. Messen und Kongresse sind weiterhin von entscheidender Bedeutung für das Tourismusgewerbe. Die Bundesregierung wird daher vom Bundestag aufgefordert, entsprechende Maßnahmen, wie etwa Beibehaltung der Höhe der Auslandsmesseförderung auf dem Niveau von 2001, europäisch abgestimmtes Messekonzept, Einführung eines Messevisums für ausländische Veranstalter und Besucher und Erhöhung der Tagesarbeitszeit von Messemitarbeitern auf 12 Stunden, einzuleiten.

III.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 84. Sitzung 10. Oktober 2001 beraten und mehrheitlich beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen

der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS gefasst.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 77. Sitzung am 25. September 2001 beraten und mehrheitlich beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gefasst.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 67. Sitzung am 25. September 2001 beraten und mehrheitlich beschlossen, die Ablehnung des Entschließungsantrages zu empfehlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Fraktion der FDP gefasst.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat den Antrag in seiner 65. Sitzung am 25. September 2001 beraten und mehrheitlich beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP und bei Abwesenheit der Fraktion der PDS gefasst.

IV.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/6340 – in seiner 62. Sitzung am 25. September 2001 abschließend beraten.

Er beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung der Vorlage zu empfehlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP gefasst.

Berlin, den 25. September 2001

Werner Schulz (Leipzig)
Berichterstatter

